Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815

Nr. 383. Halle, Donnerstag, den 18. August 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Die neue Teuerungswelle.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Erhöhung des Brotpreises, die am gestrigen Tage in Kraft getreten ist, ist nur der Anfang neuer Umdrehungen der berüchtigten Schraube ohne Ende, deren Anziehen sich jetzt wieder energisch fühlbar zu machen beginnt. Eine neue Teuerungswelle geht über Deutschland hinweg, die uns neue Hemmnisse auf dem Wege zur Gesundung entgegenwirft und uns von der zwar kleinen, aber immerhin bisher erreichten Höhe wieder herabzustürzen droht. Wenn man nach den Ursachen dieser Teuerung forscht, so mögen sie zunächst äußerlich zu einem Teile in der ungewöhnlichen Hitze dieses Sommers zu erblicken sein, welche die Entwicklung der Pflanzen übermäßig zurückhielt und dadurch die Preise für Kartoffeln und Gemüse, für Futtermittel und damit für Milch sehr stark in die Höhe trieb. Allein dies ist, wie gesagt, nur eine Einzelerscheinung, die es nicht vermocht hätte, den allgemeinen Stand der Lebenshaltung ausschlaggebend zu beeinflussen. Die Hauptursache liegt, wie auch bisher, in der fortwährenden Verschlechterung unserer Valuta. An den Weltbörsen sinkt der Wert der deutschen Mark gegenwärtig von Tag zu Tag, d. h. wir müssen alles, was wir im Auslande kaufen, teurer bezahlen als noch vor wenigen Wochen. Für diese Verschlechterung der deutschen Valuta sind drei Momente maßgebend; einmal die Notwendigkeit der immerwährenden Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel, die wir brauchen, um unseren Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können; dann die Inflation, d. h. die Ueberschwemmung des Marktes durch den Druck deutschen Papiergeldes, für das keine Deckung vorhanden ist, und schließlich das Mißtrauen des Auslandes gegen die deutsche Zahlungsfähigkeit. Sieht man sich diese drei Gründe genauer an, so sind sie letzten Endes auf einen und denselben Ursprung zurückzuführen, nämlich auf die Reparationsverpflichtungen, die uns durch das Ultimatum auferlegt sind. Um diese abdecken zu können, müssen wir fremde Devisen, hauptsächlich Dollars, an den Weltbörsen kaufen, wodurch der Wert dieser fremden Zahlungsmittel sich ebenso automatisch hebt, wie der der deutschen sinkt. So stand der Kurs des amerikanischen Dollars am 16. d. M. auf 91 Mk., während wir vor dem Kriege etwa 4,25 Mk. dafür zahlten. Daß gerade gegenwärtig das Sinken des Markkurses so stark in die Erscheinung tritt, wird man ohne Zweifel auf die Beschaffung der Devisen für die am 31. August fällige Milliarde Goldmark, die wir der Entente zu zahlen haben, zurückführen dürfen. Mit Recht hat denn auch der Reichswehrminister Dr. Geßler bei der Bodenseetagung der süddeutschen Demokraten betont, daß sich jetzt erst, für den Einzelnen fühlbar, die Wirkung des Ultimatums zeige, daß jetzt der Kampf zwischen Lohn und Besitz entbrenne. Immerhin wäre dieser Kampf vielleicht durchzuhalten, wenn es sich um eine einmalige Erscheinung handeln würde. Allein diese Milliarde ist ja nur die erste einer furchtbaren Reihe, die immer wieder dieselben Wirkungen auslösen wird. Werden doch unsere jährlichen Verpflichtungen einschließlich der Besatzungskosten nicht viel weniger als vier Milliarden Goldmark betragen.

So ist also das Ende der Teuerung ganz und gar nicht abzusehen. Die nächste Form, in der sie sich äußern wird, wird die Erhöhung der Kohlen- und der Mietpreise sein. Vor allem aber werden wir ihre Wirkung durch die neuen Steuern zu spüren bekommen. Demgegenüber muß ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne und Gehälter geschaffen werden. Aber auch dieser Ausgleich hat seine Schattenseiten; einmal frißt die Lohn- und Gehaltssteigerung der Staatsbeamten und -arbeiter wieder einen Teil der neuen Steuern auf, zum anderen hat die Erfahrung gelehrt, daß die Folge solcher Lohn- und Gehaltssteigerungen jeweils neue Preistreibereien sind. Immer wieder ergibt sich das Bild der Schlange, die sich in den Schwanz beißt, der Schraube, die sich ohne Ende dreht.

Dieweil so in Deutschland das Leben immer teurer wird, die Lebenshaltung des deutschen Volkes auf einen immer tieferen Grad sinkt, kann man, zumal in der englischen Presse, tagtäglich Artikel lesen über die märchenhafte Billigkeit, die im Deutschen Reiche herrscht. Vom ausländischen Standpunkte aus ist dies begreiflich: denn der Ausländer kann sich mit Hilfe der hohen Valuta bei uns eine erhebliche Menge von Waren beschaffen, für die wir selbst das Vielfache zahlen müssen. Um so erfreulicher ist es, daß jetzt der Korrespondent eines englischen Blattes den Mut gefunden hat, seinen Lesern die Wahrheit über die wirklichen Verhältnisse in Deutschland zu sagen. Deutschlands wirtschaftlicher Zusammenbruch sei unaufhaltsam, wenn es gezwungen werde, die festgesetzten Reparationszahlungen zu leisten. Dieses Geständnis ist außerordentlich wertvoll, und man muß der dringenden Hoffnung Ausdruck geben, daß er in England offene Ohren finden wird. Die Erfüllung des Ultimatums bedeutet für uns den Anfang einer neuen wirtschaftlichen Katastrophe. Das Ultimatum oder im weiteren Sinne der Friedensvertrag von Versailles ist der wahrhaft Schuldige, der all unsere wirtschaftliche Not verursacht. Wenn in England dafür jetzt das Verständnis aufdämmert, dann wird der englischen Regierung daraus auch die Pflicht erwachsen, daran mitzuarbeiten, daß wir von den Verpflichtungen befreit werden, die über unsere Kraft gehen.

Weitere Einzelheiten aus der Rede Lloyd Georges.

Lloyd George sagte nach einer ergänzenden Meldung in seiner im Unterhause abgegebenen Erklärung u. a. folgendes: Er sei der Ansicht, daß die Einigkeit der Alliierten eine Gewähr für den Frieden Europas sei. (Beifall.) Ein Bruch, wobei jeder seine eigenen Interessen verfolge ohne Rücksicht auf die anderen, würde die Gefahren, die den Weltfrieden bedrohen, unberechenbar vergrößern. Aus diesem Grunde sei die letzte Zusammenkunft des Obersten Rates eine der bedeutsamsten, die bisher stattgefunden haben. Die Frage, die die größte Besorgnis verursachte, sei

die oberschlesische Frage

gewesen. Lloyd George erklärte, es sei zugegeben, daß die Bevölkerung Oberschlesiens überwältigend deutsch sei. Die italienischen und britischen Sachverständigen, desgleichen die italienische und britische Kommission stimmten darin überein, daß das sehr wichtige Industriedreieck auf der Grundlage der Abstimmung der Bevölkerung Deutschland zugeteilt werden müsse. Es wäre vollkommen unmöglich, Inseln zu schaffen und deshalb hätten sie zu beschließen gehabt, an wen das gesamte Gebiet fallen solle. Die französischen Sachverständigen seien ganz anderer Ansicht gewesen. Die italienische und britische Kommission hätte in dieser Frage nur das eine Interesse gehabt, beiden Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die französische hätte genau dasselbe Interesse gehabt, nur daß sie unzweifelhaft durch andere Umstände bewogen worden sei, die ihr Urteil mitbestimmten, nämlich die Frage der Sicherheit, indem sie die Bergwerke, das Zink und das Eisen Deutschland wegnehmen und den Polen aushändigen wollten. Dies sei keine Erwägung, die in dem Friedensvertrag enthalten sei. Der Vertrag gebe die klarsten Richtlinien bezüglich dessen, was in Betracht gezogen werden müsse, nämlich die Bevölkerung, sowie wirtschaftliche und geographische Erwägungen. Jene anderen Erwägungen gehörten jedoch nicht zu den Richtlinien des Vertrages und seien deshalb als außerhalb des Kreises der Erwägungen liegend angesehen worden. Wenn einer Ungerechtigkeit zugestimmt würde, so würde dies einen Konflikt in der nahen Zukunft, bestimmt in der ferneren Zukunft verursachen und in Europa würde es keinen dauernden Frieden geben. Das Haus werde sich erinnern, daß ein Versuch unternommen worden sei, um die Entscheidungen des Obersten Rates vorweg zu nehmen. In Oberschlesien habe ein polnischer Aufstand stattgefunden, der eine sehr bemerkenswerte Aehnlichkeit hatte mit den gleichen Bewegungen, die bereits in Wilna und an der russischen Grenze stattgefunden hatten und wie sie sich vorher in Oberschlesien ereigneten. Man sei in London der Ansicht gewesen, daß, wenn diese Dinge ohne Einspruch geduldet würden, die Herrschaft des Völkerrechts zu Ende sein würde und daß Gewalt die Oberhand bei der Entscheidung dieser großen Grenzfrage erlangen würde. Es sei wesentlich, daß eine Warnung erteilt werde, soweit die Regierung Großbritanniens in Betracht komme, die, wie erfolgreich auch immer der Aufstand für eine gewisse Partei sei, diesen Aufstand nicht anerkennen könne und daß nur eine Entscheidung das Schicksals Oberschlesiens bestimme, nämlich die Entscheidung der Körperschaft, die vom Friedensvertrag selbst geschaffen nach den Grundsätzen handele, die in dem Friedensvertrag niedergelegt wurden.

Lloyd George sprach sich anerkennend aus über die Hilfe, die Sir Harald Stuart dabei geleistet habe, der mit großer Urteilskraft, Entschlossenheit und Takt gehandelt habe und dem es im Verein mit den übrigen Kommissaren vor allem zu verdanken sei, daß der Aufstand in Oberschlesien liquidiert und die Autorität der Alliierten wiederhergestellt wurde. Er sei sicher, daß der Vorschlag, den Völkerbundsrat entscheiden zu lassen, in dem einzigen Augenblick gemacht wurde, in dem er annehmbar war und Aussicht auf Erfolg hatte.

In Fortsetzung seiner Unterhausrede kam Lloyd George auch auf

die Frage der Sanktionen

zu sprechen. Es bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland habe aber bessere Abmachungen angenommen und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Zollgrenze ungerecht sein würde und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Bezüglich der

militärischen Sanktionen

seien die Franzosen der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt worden seien, insbesondere bezüglich der Entwäffnung. Die Franzosen schlugen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben sollten. Diese Frage werde dem militärischen Ausschuß, der seine Sitzung in Paris abhalten werde, überwiesen, und es bestehe die Absicht, die Frage bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln.

Es herrsche die Ansicht, daß die Zeit zu einer allmählichen Herabsetzung der Deutschland durch die Kontrolle auferlegten Lasten gekommen sei; die Ausgaben dafür verschlängen Schätze. Augenblicklich hätten

die Ausgaben für die Besetzung

und für die Kontrollkommissionen in Deutschland fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügar sein könnte. Je eher Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, um so besser sei es. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege danieder. Wenn Deutschland sich jedoch wieder erhole, so würden die militärische Besetzung und die Kontrollkommissionen immer lästiger werden. Es würde dann auch die Gefahr von Zwischenfällen vorhanden sein.

Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich soweit wie möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten der Besatzungsheere eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen werde.

Die Sicherheit Frankreichs

betreffend, könne er die Nervosität des französischen Volkes verstehen. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab. Erstens von der Entwaffnung Deutschlands. Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Atmosphäre des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr jener großen Heere sicher fühle, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer ans Tageslicht. Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen und kein Geschoß auf diese Schiffe gestellt, von denen die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Macht vergleichbar sei. Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhänge, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, den der Krieg Deutschland selbst zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache, und daß ein Anfangserfolg schließlich den Ruin nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafen, die dem Angreifer auferlegt werden, nur vergrößere.

Lloyd George ging dann auf den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei über. Er sagte, daß nicht die Absicht bestehe, einen Zwang auf die Kämpfenden auszuüben. Sie sollten ihre Kämpfe ruhig ausfechten. Die Zeit zur Vermittlung sei noch nicht gekommen, weil es erst so weit sei, dann würde zweifellos der Vertrag von Sèvres wiederhergestellt werden. Lloyd George sprach dann von der

Hungersnot in Rußland,

die er als die gräßlichste Heimsuchung bezeichnete, die Europa oder die ganze Welt seit Jahrhunderten betroffen habe. Wir haben soeben ein Telegramm von Hodgson, dem Führer der britischen Handelsdelegation in Moskau, erhalten, der seinen Bericht damit abschließt, daß 35 Millionen Menschen nach Hilfe schreien. Ein so niederschmetterndes Unglück müßte jedes Vorurteil entfernen und nur Mitleid und Sympathie wachrufen.

Die Sowjetregierung gäbe zu, daß man den russischen Bauern dazu bewegen müsse, sein Getreide abzugeben und daß der einzige Weg dazu die Beschaffung von Waren für die Bauern sei. Für die Beschaffung von Waren gäbe es nur einen Weg, nämlich das Vertrauen der Handelswelt wiederzugewinnen.

Lloyd George schilderte die Not, die der Krieg in allen Ländern zurückgelassen habe und erklärte unter Beifall,

die Washingtoner Abrüstungskonferenz

komme nicht eine Stunde zu früh, jedoch auch sie werde nicht genügen, wenn nicht eine dauernde Wachsamkeit der verbündeten Nationen in der Welt bestände, die die Gewähr dafür biete, daß Ehrgeiz und Habgier niemals wieder die Welt in diesen Sumpf des Elends stürze. (Großer Beifall.)

Asquith bezeichnete die Rede Lloyd Georges als die befriedigendste Erklärung über die internationale Lage seit dem Waffenstillstand. Er fragte bezüglich der oberschlesischen Frage, ob nach Ansicht Lloyd Georges die Deutschen und Polen Gelegenheit erhalten würden, ihren Fall zu unterbreiten. Lloyd George nickte Zustimmung. Auf die Frage, ob die Deutschen in dieser Hinsicht in genau dieselbe Lage versetzt werden würden wie die Polen, obwohl Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, nickte Lloyd George, wie es den Anschein hatte, ebenfalls zustimmend.

Thomas erklärte, die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß Lloyd George bei der Aeußerung über die oberschlesische Frage die überwältigende Mehrheit des englischen Volkes hinter sich habe.

Barnes erklärte, die Sicherheit Frankreichs beruhe nicht in einer Zerschmetterung Deutschlands, sondern der Schließung der Freundschaften in der ganzen Welt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210818015/fragment/page=0001

Tom Shaw erklärte, er fürchte, die dem französischen Vorgehen zugrunde liegende Politik sei nicht aus Furcht vor Deutschland eingegeben, sondern von dem Bestreben, die Bergwerke des Landes an sich zu reißen und die hauptsächlichsten Mineralschätze Europas zu kontrollieren.

Gemeinsamer Schritt der Alliierten in Berlin.

In Vertretung der Berliner Botschafter der alliierten Mächte, die zurzeit von Berlin abwesend sind, haben heute vormittag die Geschäftsträger der Alliierten im Auswärtigen Amt vorgesprochen, um an die deutsche Regierung das angekündigte Ersuchen zu richten, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien dienlich sind.

Der Reichskanzler über Oberschlesien.

Der Reichskanzler empfing gestern einen Vertreter der Vossischen Zeitung und machte ihm zur oberschlesischen Frage folgende Mitteilungen: Sie fragen mich, welchen Standpunkt die Reichsregierung zur neuesten Wendung in der oberschlesischen Frage einnimmt. Ich will zunächst eine tatsächliche Feststellung machen. Aus dem vom französischen Ministerpräsidenten unserem Geschäftsträger in Paris überreichten Schreiben haben wir lediglich erfahren, daß der Oberste Rat die Grenzfestsetzung in Oberschlesien vertagt hat. Ueber die Befragung des Völkerbundsrates hat man uns eine Mitteilung nicht gemacht, sodaß ich mir in diesem Punkte Zurückhaltung auferlegen muß, bis sich Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus der Beiziehung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder gutachtlichen Instanz erwachsen könne.

Rückhaltslos dagegen kann ich mich über die oberschlesische Frage an sich und über die Stellung der Reichsregierung dazu auch in dieser neuesten Phase äußern. Die oberschlesische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung des Obersten Rates zwar mit klopfenden Herzen, aber mit Zuversicht erwartet. Wir hatten das Gefühl, daß der unanfechtbare Rechtsstandpunkt, auf den sich unser Anspruch auf Oberschlesien gründet, und die offene Politik, die die Reichsregierung vertritt, nicht ohne Eindruck in der Welt bleiben konnten. Wir dürfen hoffen, daß die historische, kulturelle und wirtschaftliche Legitimation Deutschlands auf Oberschlesien anerkannt werden wird, welche die Zuteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zur Notwendigkeit macht.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in Verfolgung imaginärer Sonderinteressen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in erster Linie der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll. Leider ist die Entscheidung erneut vertagt worden und die oberschlesische Frage, die seit über 1½ Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens. In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertagung der Entscheidung mitteilt, wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde. Ich erblicke darin ein stilles Eingeständnis, daß man sich an Oberschlesien auf das schwerste versündigt, wenn man es noch lange in dieser schwebenden Pein läßt, und wenn man dem unglücklichen Lande noch nicht sein Recht gibt. Wir schließen uns der Mahnung an die Oberschlesier, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, voll an, und brauchen uns in dieser Beziehung weder etwas vorzuwerfen noch uns zur Initiative treiben zu lassen. Auch die Bevölkerung im übrigen Deutschland folgt verständnisvoll und diszipliniert der Parole, die wir ausgegeben haben, durch keinerlei gewaltsame Handlung das klare Recht zu trüben, auf dem wir diesen geistespolitischen Kampf bisher geführt haben. Wir haben von allem Anfang darauf aufmerksam gemacht, daß die oberschlesische Frage keine reine deutsche Angelegenheit ist, in der leichtherzig gegen den Besiegten unter dem Motto „Vae victis!" entschieden werden kann. Wir haben darauf hingewiesen, daß es eine europäische Frage ist, denn es könnte sich an Oberschlesien ein neuer Brand entzünden, wenn die Gewalt über die Selbstbestimmung der Bevölkerung triumphieren würde.

Jetzt hat man von Europa an die Welt, an die Gesamtheit der Nationen appelliert. Der Weltfrieden und das Weltgewissen könnten eine ungerechte Lösung der oberschlesischen Frage nicht ertragen. Wenn diese beiden Begriffe Wert haben, wenn sie keine Scheinwerte sind, deren sich lediglich die Propaganda bedient, dann brauchen wir auch heute nicht zu verzagen. Der Streitgegenstand Oberschlesien stellt sich nicht als irgend eine Grenzfrage dar, sondern das Schicksal dieses Landes ist mit dem Weltfrieden und von jetzt ab auch mit dem Ansehen des Völkerbundes verbunden, wie immer man auch über sein bisheriges Wirken denken mag, aufs innigste verknüpft. Seine Prinzipien, die von der gesamten Kulturwelt anerkannt werden, beruhen auf der Ueberzeugung: der Frieden ist besser als der Krieg, und man muß ihn mit allen Mitteln erhalten, und in der Erkenntnis, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten ist und kein Volk gezwungen werden darf, unter anderen als der selbstgewählten Regierung und unter anderen als den eigenen Gesetzen zu leben. Zu dem Grundsatz, daß man die Völker nicht wie Steine auf dem Schachbrett hin und her schieben dürfe, bekennen sich alle Nationen. Bei diesen Prinzipien des Völkerbundes muß Oberschlesien deutsch bleiben, denn die Bevölkerung will es, wie die Abstimmung bewiesen hat. Nur wenn so das Selbstbestimmungsrecht sinngemäß und in vernünftiger Auslegung beachtet wird, läßt sich eine friedliche Lösung der nationalen Gegensätze an den sehr schwierigen deutschen Ostgrenzen erhoffen. Andernfalls würden neue Verwirrungen unabwendbar sein. Die Entscheidung über Oberschlesien kann nicht anders fallen als in deutschem Sinne.

Frankreich versucht sich zu rechtfertigen.

Nach dem Eclair wird in gutunterrichteten Kreisen versichert, daß im Gegensatz zu dem, was früher gesagt wurde, Briand in Washington die Debatte nicht einzig und allein auf die Entwaffnungsfrage zu beschränken versuchen wird. Der französische Ministerpräsident soll der Ansicht sein, daß die Gelegenheit günstig wäre, die meisten großen internationalen Probleme zur Sprache zu bringen und bei den amerikanischen Freunden Frankreichs eine Darstellung der loyalen Absichten der französischen Politik aller Welt gegenüber zu geben.

Die Heranziehung der Sachwerte.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bestätigt die Zeitungsmeldung, daß im Zuge der vorliegenden Steuerpläne Erwägungen eine Rolle spielen, wie man die Sachwerte bezw. Goldwerte zur Deckung unserer Verpflichtungen der Entente gegenüber nutzbar machen könnte. Das Blatt fügt hinzu, daß über den ganzen Komplex der Heranziehung und Verwendung der Sachwerte für die neuen Steuern noch innerhalb des Kabinetts beraten werde.

Das Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen.

Am Schlusse der Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen gab der polnische Generalkommissar Plicinski dem Senator Jewelowski gegenüber amtlich die Erklärung ab, daß Polen auf das Recht, das Danziger Vermögen in Polen zu liquidieren, Verzicht leiste. Der Vertreter des Senats nahm davon Kenntnis, erklärte aber, daß nach der Auffassung der Danziger Regierung eine solche Liquidierung überhaupt nicht stattfindet sein könne. Immerhin sei es erfreulich, daß die polnische Republik nunmehr vor der Unterzeichnung des Vertrages diese, das ganze Wirtschaftsleben Danzigs berührende Erklärung abgebe.

Vanderlip über Deutschlands Wirtschaftslage.

Vanderlip, der in Berlin weilt, hat einen Vertreter der „B. Z." empfangen. Bei seinem kürzlichen Aufenthalt in London hat Herr Vanderlip sich der dortigen Presse gegenüber dahin geäußert, daß, wenn Deutschland wirklich den Friedensvertrag erfüllen könnte, was nur durch eine über alle Begriffe hinaus gesteigerte Produktion möglich sei, so müßte es durch die natürliche Entwicklung der Dinge alle Länder vom Weltindustriemarkt verdrängen. Vanderlip erklärte nun, diese Auslassung sei rein hypothetisch gewesen, denn nach seiner Ueberzeugung könnte Deutschland den Vertrag nicht erfüllen, und solange dieser nicht revidiert wäre, würde die Welt und auch die Vereinigten Staaten nicht aus der gegenwärtigen lähmenden Krise herauskommen. Der Wohlstand, den der Fremde in den großen Hotels und in den Hauptstraßen der mitteleuropäischen Großstädte sehe, sei der hektischen Röte auf den Wangen der Schwindsüchtigen vergleichbar. Man solle sich nicht täuschen: In den drei Jahren, die uns vom Kriegsende trennen, habe sich im wesentlichen nur das äußere Bild verändert, und standfeste Grundlagen für normale Wirtschaftsbeziehungen und für ein Wiederaufsehen des geschäftlichen und auch des kulturellen Lebens seien noch nicht geschaffen worden. Und auch der Friedensschluß mit Amerika, auf den man jedenfalls nicht lange mehr zu warten haben würde, könnte nicht das schaffen, was allein durch die Revision des Versailler Vertrages möglich wäre. Wenn es so weiterginge, müßte Deutschland immer mehr Papiergeld ausgeben, die Inflation würde immer stärker, gleichzeitig der Dollarkurs immer höher werden, und das bedeutet eine Katastrophe nicht nur für Deutschland, sondern auch für Amerika. — Die Tatsache, daß der Dollarkurs gestern, am Tage der Unterredung mit Vanderlip, vormittags von 86 auf 88 emporschnellte und am Nachmittag mit 90 gehandelt wurde, ist eine gute Illustration zu den Ausführungen des amerikanischen Bankfachmannes.

Wer mit Vanderlip spricht, gewinnt den Eindruck eines erfahrenen, ruhig abwägenden Mannes, der, frei von Chauvinismus und frei von vorgefaßten Meinungen, die Dinge so sieht, wie sie sind. An leitender Stelle in Deutschland ist in letzter Zeit manchmal von der „wirtschaftlichen Vernunft" gesprochen worden, von der man Hilfe für Deutschland erwarten müßte. Herr Vanderlip ist ein Vorkämpfer dieser wirtschaftlichen Vernunft.

Erregung in Helgoland.

Am Montag kam es auf Helgoland zu erregten Vorgängen, die schließlich die Alarmierung der Schutzpolizei notwendig machten. Der Regierungskommissar für Helgoland, Kräning, hatte am Montag eine Bekanntmachung anschlagen lassen, in der er die Berliner Pressemeldungen, wonach die endgültige Lösung der Helgoländer Steuerfrage dem Reichstag überlassen bleiben sollte, dementierte. Das wurde der Anlaß zu einer allgemeinen Beunruhigung der Inselbevölkerung, die sich noch steigerte, als der Regierungskommissar von dem Führer der bekannten 12er Kommission verlangte, er solle sofort die in seinem Fenster aushängenden Helgoland-Artikel deutscher Zeitungen entfernen. Starke Zusammenrottungen auf den Straßen Helgolands gaben dem Regierungskommissar Anlaß, die Schutzpolizei aufzubieten. Schließlich verstand sich der Regierungskommissar dazu, aus dem Wortlaut seiner Bekanntmachung diejenigen Sätze, die zur Beunruhigung geführt hatten, fortzulassen. In Versammlungen faßten die Helgoländer Entschließungen, welche die sofortige Abberufung des Regierungskommissars verlangten. Wie es scheint, sympathisieren auch die auf der Insel anwesenden Entfestigungsarbeiter mit den Helgoländern.

Französische Wohnungsansprüche.

In Zweibrücken sind auf Reichskosten für 5 Millionen Mark Offizierswohnungen gebaut worden. Trotzdem die Baupläne die Genehmigung der Besatzungsbehörde fanden, so fanden sie doch nicht den Beifall der Herren Offiziere. So lehnte Oberst Allard die Dienstwohnung ab, verlangte Bürgerquartier, setzte den Rektor Oppenheimer an die Luft, und bezog dessen Räume. In gleicher Weise sorgt dieser Herr für seine Offiziere. Er scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, das letzte etwa noch vorhandene Sympathiegefühl für Frankreich mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Die Münchener Neue Sezession.

Von

Richard Riek.

Unser Münchner Mitarbeiter schreibt uns:

In diesen Zeilen sei in kurzen Zügen auf die Darbietungen der „Münchner Neuen Sezession" hingewiesen, die auch in diesem Jahre, gesondert von der „Genossenschaft", den „Bünden" und der „Sezession" im Westflügel des Glaspalastes untergebracht und durch eigenen Eingang zu erreichen ist. Was wir schon im vergangenen Jahre feststellen durften, fällt diesmal aufs neue auf: der deutliche Zug nach rechts, die Abkehr gerade der begabtesten und ernstesten Neo-Sezessionisten von jener radikalen Mache, die bei den wenigsten ehrliches Kunstsuchen ist, sondern nur das Bestreben zu verblüffen und aufzufallen. Dieser Eindruck, der bei der Vor-Ausstellung dieses Jahres, der graphischen, noch nicht so stark wirkte, tritt nun, da die Künstler mit ihrer malerischen Produktion ihr schweres Geschütz aufgefahren haben, klar zutage. So fand Joseph Ebers, ein Schüler Hölzels, der, ehedem ein Künstler von starkem, eindrucksicherem Formgefühl, lange Zeit in Experimenten des Nur-Koloristischen einseitig gewirkt hatte, den Rückgang zur Form, die, allen Futurismen zum Trotze, die Mutter aller Kunst ist und bleibt. So begrüße ich vor allem seine Landschaften und das Frauenbild, die wiederum Ebers Formensinn zeigen, ohne daß dieser diesmal zum Tyrann — nur zum Werkzeug! — des Künstlers geworden ist. Mit nicht geringer Freude begrüßt man auch die Porträtbüsten Edwin Schwarffs, der von der Stilisierung seiner linearen und ganz eckigen Bildhauerei zu einer das Leben wahr und warm erfassenden Kunst gekommen ist und in seinen Porträts Wesentlich-Geistiges ebenso klar zum Ausdrucke bringt, wie die individuelle menschliche Form und das Eigentümliche des Temperamentes. In diesem Sinne ist die Büste Heinrich Manns besonders gut gelungen. Klareren Zielen strebt auch auch Oskar Coester wieder zu. Besonders seine Landschaften gefallen als einheitlich getonte Darstellungen von einer herben Innigkeit .... wie überhaupt diese Ausstellung eine Fülle schöner Naturschilderungen bietet, Bilder, die nicht abgemalte, sondern erlebte Natur sind. Hier seien in erster Reihe die ausgezeichneten Werke von Julius Heß erwähnt, deren Wesentlichstes in ihrer betonten, unterstrichenen Stimmungskraft liegt. Sie gehen von irgend einer Erscheinung aus (Berg, Rote Häuser, Gewitter ...) und zeigen die Umwelt im Banne dieser. Fein sind auch die schönen, mit subtilem Farbengeschmack nervös gemalten Stücke Rudolf Großmanns und die zarten, besaiteten Bilder der reinen Maria Caspar-Filser, deren erdgewachsene Kunst in jedem Jahre aufs neue entzückt. Ihre Landschaften sind Verkörperlichungen der Sonne und des Lichtes. Es sind Stücke, die bei ihrer Zusammengerafftheit und einheitlichen Form durch die Darstellung stärker als durch das Dargestellte wirken. Das gleiche gilt von dem geschmackvollen Blumen-Stillleben mit ihrer unaufdringlichen Tönigkeit und — in hohem Sinne — dekorativen Kraft. — Julius Wolfgang Schüleins rhythmisch belebte Kunst zeigt sich in einigen Salzburger Bildern, vor allem in „Stadt am Fluß" und „Stadt mit Brücke", die, bei der durch die verschiedenartigsten Motive gegebenen Variationsmöglichkeit, hübsch, wenn auch ein wenig spielerisch komponiert sind. Stärker, in ihrer Stilisierung auf legendäre Natur, sind die Bilder des begabten M. Teutsch, die mir lieber sind als des gleichen Künstlers Porträts-Versuche. Karg vertreten ist diesmal W. Püttner, dessen „Gartenstück" und „Interieur" die Püttner eigentümliche, merkwürdig plastisch wirkende Behandlung gegeneinander gestellter Flächen nicht zeigen. Die beiden Bilder bleiben ohne stärkeren Eindruck. Ausgezeichnet im Stimmungsgehalt sind dagegen Lichtenbergers Bilder, vor allem die neue Behandlung der nächtlichen Münchner Ludwigsstraße mit ihrer eigenartigen perspektivischen Auffassung. Hübsch auch Otto Kopps Arbeiten und die geschmackvollen Landschaften und anderen Bilder Martin Lauterburgs; vor allem gelungen die „Geranien" mit dem massigen „Oelberg". Mit einem koloristisch prunkhaften, pompositionellen Versuche kann ich mich weniger befreunden, wenn auch hier sich großes Talent kundtut. Erwähnen wir nun auch noch die sauberen Arbeiten von Götz, die hübschen Porträts des gemütvoll-gemütlichen, warm empfindenden Heinrich Brünne und Carl Caspars siebrige Darstellung frommer Motive; ferner Schinnerers feingezeichnete, im Kolorit aber temperamentlose Bilder und Seewalds farbkräftige, ein wenig ins Groteske stilisierte Werke, dann sind wir den Künstlern, denen wir in der Hauptsache zustimmen können, gerecht geworden. Zu ihnen gehören auch noch Th. Steins tiefliegende Arbeiten, Adolf Hartmanns Rheinbilder und — mit Abstand — die nüchterne Architektur der freudlosen Stillleben Unolds. Wenig geben mir die formenreichen, grellgemalten Bilder Beckmanns, denen ein eigener Saal eingeräumt ist. Hier schon spürt man die Neigung zu jener künstlerischen Naivität, die, bei manchen Anhängern des linken Flügels der Neoleszessionisten (und Expressionisten überhaupt) zum Widerspruch herausfordert. Diese Naivität und Primitivität zeigt sich bald in schatten- und nuancenlosen, oft unperspektivisch gestalteten Formen, bald in der krassen Einförmigkeit einer Farbe, der meistens eine zweite, meist ebenso grelle, unversöhnt entgegengestellt wird, bald in der Preisgabe aller Gesetze natürlicher Komposition. — Hierher gehören die Arbeiten Schrimpfs, Menses manieriertes Frauenbild, hierher Daringhausens Schenkelschkeiten und vor allem die satirischen Bilder von Georg Groß, der sich nicht entblödet, das Eiserne Kreuz zu karikaturistischen Zwecken zu mißbrauchen. Hierher auch der so viel bewunderte Klee, dessen Kollektion mich dem Verständnisse seiner koloristischen Spielereien nicht nähergebracht hat.

Geographisch-heimatliche Studienfahrt durch die Umgebung von Bonn. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 120, veranstaltet vom 12. bis 17. Sept. 1921 unter der Leitung des Bonner Geographen Geh. Reg.-Rats Prof. Dr. Philippson eine Geographisch-heimatkundliche Studienfahrt durch die Umgebung von Bonn". Die Studienfahrt ist für die akademisch und seminaristisch vorgebildeten Lehrer und Lehrerinnen bestimmt. Eine besonders herzliche Einladung ergeht an die Lehrerschaft des unbesetzten Deutschland. Außer Vorträgen über die Lage von Bonn (Prof. Dr. Philippson), über die topographische Entwicklung der Stadt Bonn (Prof. Dr. Knickenberg), sowie über die rheinische Siedelungsgeschichte (Privatdozent Dr. Aubin) sind Führungen und zahlreiche Tagesausflüge vorgesehen. Die Ausflüge werden ein, soweit es in der gegebenen Zeit möglich ist, vollständiges und abgerundetes morphologisches, siedelungsgeographisches und allgemein landschaftliches Bild der weiteren Umgebung von Bonn geben, d. h. der Landschaft, in der sich der Uebergang vom Schiefergebirge zum niederrheinischen Flachland, der Austritt des Rheins aus seinem Durchbruchstal in die Ebene vollzieht.

Uraufführungen. Hans Fritz von Zwehls Tragödie „Johann von Werth" ist vom Friedrichstheater Dessau, Heinrich Schmitts Schauspiel „Der Titan" vom Landestheater Schwerin, Hans W. Fischers „Jäger" von den vereinigten Theatern Breslau zur Uraufführung erworben worden. — Das Stadttheater in Mainz bereitet für den Beginn der neuen Winterspielzeit die reichsdeutsche Uraufführung der Oper „Peter Sukoff" von Waldemar Wendland vor.

Lautensacks „Pfarrhauskomödie" erlebte am Stadttheater Prag-Weinberge ihre tschechische Uraufführung. Das Interesse für moderne deutsche Dramatik, bei den Tschechen auch unter politisch ungünstigen Umständen nach dem Umsturz nie ganz erloschen (kleinere Bühnen Prags spielten Wedekind hundert- und mehrmal) hat hiermit die zweitgrößte tschechische Bühne zurückerobert und bewegt sich zweifellos in aufsteigender Linie. Die tschechische Presse beurteilt die Aufführung günstig, ohne jeglichen moralinsauren Beigeschmack.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210818015/fragment/page=0002

Die serbisch-ungarische Republik.

Die serbisch-ungarische Republik, die in dem von Serbien, Deutschen und Ungarn besetzten Teile Baranja des Baja-Gebietes in der Sonntagsversammlung proklamiert wurde, hat sich unter das Protektorat Jugoslawiens und unter den Schutz der Kleinen Entente gestellt. Die Proklamierung wurde der Jugoslawischen Regierung und dem Obersten Rate in Paris bekanntgegeben. Die Bevölkerung der demokratischen Baranja-Republik will mit der Waffe in der Hand die Ankunft der ungarischen Truppen verhindern. Ueberall werden Nationalgarden gebildet, denen sich serbische Freiwillige aus Baranja und anderen Teilen des Staates anschließen. Ueberall herrscht große Begeisterung.

Albanien appelliert an den Völkerbund.

Die Regierung von Albanien verlangte als Mitglied des Völkerbundes die Intervention des Völkerbundes zur Wahrung des Friedens zwischen Albanien und Jugoslawien, den sie durch gewisse Vorkommnisse in Albanien für bedroht hält. Der Präsident des Völkerbundes setzte die Frage auf die Tagesordnung der am 1. September beginnenden Session des Völkerbundes und gab den anderen Regierungen davon Kenntnis.

Auslands-Rundschau.

Die Sanierung Oesterreichs. Der Geschäftsträger der italienischen Gesandtschaft in Wien teilte dem Vertreter der Neuen Freien Presse mit, daß nach einer ihm gestern zugegangenen Depesche die italienische Regierung ihre Vorbehalte zum Projekte der Sanierung der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs aufgeben und ihre Zustimmung zu den von den Alliierten gefaßten Beschlüssen gegeben habe. Er hoffe zum Besten Oesterreichs und Mitteleuropas, daß nun die Kreditaktion einen raschen und günstigen Verlauf nehme und daß für Oesterreich die kritischen Zeiten endlich vorüber seien.

Der neue Orientkrieg. Nach amtlichen Nachrichten über die Lage an der kleinasiatischen Front vom 14. 8. nahmen die griechischen Truppen den Vormarsch wieder auf und nahmen zunächst nach unbedeutendem Widerstande vorgeschobene Posten des Feindes ungefähr 70 Kilometer östlich Eskischehir. Der Vormarsch wurde weiter fortgeführt und dabei Siwri Hißher genommen.

Ministerwechsel in Spanien. Montes Jovellar ist zum Staatssekretär des Innern, Lequerins zum Staatssekretär des Ministerpräsidenten ernannt worden. Zum Gouverneur von Madrid wurde Marquis della Fontera ernannt.

Der rumänische Ministerrat hat beschlossen, daß in Zukunft der Staat allein das ausschließliche Recht der Ausfuhr von Weizen und Roggen habe. Die Ausfuhr der übrigen Getreidearten wird freigegeben unter der Bedingung, daß jeder Exporteur dem Staate die gleiche Menge, die er ausführt, zum Höchstpreise zur Verfügung stellt. Die Ausfuhrzölle auf Getreide werden aufgehoben.

Take Jonescu sprach sich auf einer Reise durch die neuen Gebiete Vertretern der Presse der völkischen Minderheiten gegenüber dahin aus, daß Rumänien entschlossen sei, die Klauseln des Friedensvertrages über die Minderheiten in aller Aufrichtigkeit und in liberalstem Geist durchzuführen. Die Regierung wünsche, daß die Minderheiten ein für allemal einsehen, daß an dem, was im Vertrag festgesetzt ist, nichts mehr geändert werde.

Halle und Umgebung.

Halle, den 18. August 1921.

Die Einlösung der Reparationsgutscheine.

Berlin, 17. August. Der für die Bearbeitung der Reparationsfragen gebildete Sonderausschuß des „Vorläufigen Reichswirtschaftsrates" hat wegen der Einlösung der Reparationsgutscheine folgenden Antrag beschlossen:

„Es wird beantragt, daß grundsätzlich das Reich die volle durch die Einbehaltung der Exportabgabe verlorene Summe ersetzen soll

Dabei sind folgende Möglichkeiten zu unterscheiden:

a) Es hat ein Verkauf in Mark stattgefunden. Die Rückzahlung des vollen, beschlagnahmten Betrages findet in Mark statt.

b) Es hat ein Verkauf in Auslandswährung stattgefunden. Das Reich hat denjenigen Markbetrag zu ersetzen, welcher den Exporteur in die Lage setzt, am Tage der Auszahlung durch das Reich den beschlagnahmten Betrag in der gleichen, ausländischen Währung wieder zu beschaffen.

Der Exporteur ist verpflichtet, den Quittungsschein der englischen Regierung unverzüglich zur Einlösung vorzulegen."

Die beteiligten Ministerien haben diesen beiden Anträgen grundsätzlich zugestimmt. Die erforderlichen Verhandlungen mit der englischen Regierung sind eingeleitet worden.

Zu dem Antrag a) ist die englische Regierung gebeten worden, auf den Reparationsgutscheinen außer den Pfundbeträgen auch die ursprünglichen Markbeträge angeben zu lassen, aus denen die Pfundbeträge errechnet worden sind. Die englische Regierung hat bei den vorläufigen Besprechungen darüber in Aussicht gestellt, daß auf den Gutscheinen entweder der Markbetrag selbst oder wenigstens der Umrechnungskurs angegeben wird, der der Errechnung des Pfundbetrages aus dem ursprünglichen Markbetrag zu Grunde gelegen hat. Sobald entsprechende Weisungen an die englischen Zollbehörden ergangen sind und die Gutscheine die notwendigen Angaben enthalten, wird von der mit der Einlösung der Reparationsgutscheine betrauten Friedensvertrag-Abrechnungsstelle nicht mehr der Kurs des Tages der Ausstellung des Gutscheines, sondern der wirkliche Markbetrag für die Auszahlung zu Grunde gelegt.

Was den Antrag b) anbelangt, so sind die beteiligten Ministerien auch hier grundsätzlich bereit, dem Antrag zu folgen, d. h. für die Berechnung des Markgegenwertes in Zukunft nicht mehr, wie bisher, den Kurs des Tages der Ausstellung des Gutscheines, sondern den Kurs des Tages der Auszahlung des Markgegenwertes zu Grunde zu legen, sodaß der empfangsberechtigte Exporteur einen Markbetrag erhält, der am Tage der Auszahlung dem Pfundbetrag entspricht, mit dem der Exporteur bei Abschluß des Geschäftes gerechnet hat.

Die in dem Antrag des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates verlangte „Unverzüglichkeit" der Vorlage reicht nach Ansicht der beteiligten Ministerien aber nicht aus, den für den Umrechnungskurs maßgebenden Tag zweifelsfrei festzulegen, da die Vorlage des Gutscheines bei der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle nicht nur von der Schnelligkeit abhängt, mit der der empfangsberechtigte Exporteur den ihm zugegangenen Gutschein vorlegt, sondern auch noch von einer Reihe anderer zeitlicher Zufälligkeiten, die im Einzelfalle nicht beurteilen lassen, ob der Gutschein tatsächlich „unverzüglich" vorgelegt worden ist. Es wird daher versucht, den Tag der Ueberweisung des Markgegenwertes in anderer Weise zu festzulegen, daß er von dem Willen des empfangsberechtigten Exporteurs und von sonstigen, zeitlichen Zufälligkeiten abhängig ist. Mit der englischen Regierung wird deswegen verhandelt.

Von dem Ausschuß des „Vorläufigen Reichswirtschaftsrates" ist ferner gewünscht worden, daß neben der unmittelbaren Einsendung der Reparationsgutscheine an die Friedensvertrag-Abrechnungsstelle auch die Einreichung der Gutscheine durch Vermittlung der Reichsbankanstalten zugelassen wird. Obwohl eine Beschleunigung der Auszahlung dadurch im Allgemeinen nicht erreicht wird, soll diesem Wunsche in Zukunft doch stattgegeben werden. Der empfangsberechtigte Exporteur kann daher den Reparationsgutschein bei der Reichsbankanstalt, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat, einreichen. Die Reichsbankanstalt leitet den Reparationsgutschein an die Friedensvertrag-Abrechnungsstelle weiter und zahlt den Markgegenwert für Rechnung des Reiches an den empfangsberechtigten Exporteur aus, sobald sie von der Friedensvertrag-Abrechnungsstelle darüber verständigt worden ist, daß der Gutschein in Ordnung und wie hoch der Markgegenwert ist. Die von den Reichsbankanstalten berechneten Gebühren (1‰ für die ersten 10 000 Mark, ½‰ für den 10 000 Mark übersteigenden Betrag, mindestens 2 Mark für das Stück) und die Kosten der Versendung des Gutscheines nach Berlin hat der Auftraggeber zu tragen.

Die Erschießung der Knaben Appenrodt.

Von amtlicher preußischer Seite wird der „Dena" mitgeteilt: „Die Rote Fahne" brachte vor kurzem unter der Ueberschrift: „Die Sipo mordet Kinder" eine Notiz, in der behauptet wurde, daß am 25. März auf dem Wege zwischen Siersleben und Hettstedt bei Halle ein Unterwachtmeister der Schutzpolizei „ohne irgendwelche Veranlassung, aus purer Mordgier" einen 12jährigen Knaben erschossen habe und daß, trotzdem dieses „Verbrechen" amtlich feststehe, den Eltern jede Unterstützung und auch die Erstattung der Begräbniskosten verweigert würde. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß der 12jährige Knabe Appenrodt gelegentlich der Kampfhandlungen zur Unterdrückung des Aufruhrs in Mitteldeutschland erschossen wurde, als er sich bei einer Gruppe von Personen befand, die dem wiederholten Aufruf einer polizeilichen Patrouille, stehenzubleiben, nicht Folge leistete. Wenn auch auf Grund dieses Sachverhalts eine rechtliche Verpflichtung des Staates zur materiellen Entschädigung der Eltern nicht zuerkannt werden kann, wird die Staatsregierung doch aus Billigkeitsgründen versuchen, die materiellen Nachteile des bedauerlichen Unglücksfalles für die Eltern nach Möglichkeit zu mildern.

Der Verbandstag des Rothenburger V. S. V., nicht farbentragende schlagende Verbindungen, fand unlängst in Rothenburg o. T. statt. Durch den Eintritt der Verbindung Nibelungia-Harburg und die endgültige Aufnahme der Verbindungen Germania-Stuttgart und Polytechnischer Club München erhöhte sich die Zahl der Verbandskorporationen auf 20 mit einer Mitgliederzahl von weit über 5000. Der Vertreter-Konvent beschäftigte sich hauptsächlich mit dem inneren Ausbau des Verbandes. Mit berechtigtem Stolz konnte festgestellt werden, daß die politischen und sozialen Forderungen, die die Nachkriegszeit an alle großen Verbände stellt, von den Rothenburger Verbindungen schon seit langem gebührend eingeschätzt und zum großen Teile erfüllt worden sind. Staatsbürgerliche Unterweisung, Beteiligung an den allgemein studentischen Bestrebungen, sportliche Betätigung gehören längst zur Tradition der Verbandskorporationen. Wissenschaftliche Vorträge und Kollegien über staatsbürgerliche Themata und neuerdings praktische Beteiligung an den Asta-Wahlen, dienen der staatsbürgerlichen Erziehung. Alle Arten des Sports werden neben dem Fechten gepflegt und z. T. auch schon durch Wettkämpfe innerhalb der Korporationen gefördert. Auf dem Konvent handelte es sich deshalb lediglich um die offizielle Verpflichtung des bereits in der Praxis Geübten. In der Frage der Verabredungsmensuren verwarf der Konvent jede Verpflichtung und überließ jeder Korporation die Freiheit eigener Entscheidung. Die vorgetragenen Berichte über die Not der östlichen Hochschulen Danzig und Königsberg sowie über die Leiden im besetzten Gebiet im Westen führten zum einmütigen Beschluß der offiziellen Unterstützung der westlichen Universitäten und Hochschulen in ihrem Ringen um die Erhaltung des deutschen Rheins und der östlichen in ihrem schweren Kampf gegen den Ansturm fremdrassiger Elemente. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß der Verband allen Anforderungen der Zeit gerecht wird und seine Korporationen, die überwiegend zu den alteingesessenen gehören, geben die Gewähr für die Steigkeit einer für das schwarze Verbindungswesen günstigen Entwicklung. Den Vorsitz führt bis zum nächsten Verbandstag als präsidierende Korporation Thuringia-Halle.

Familien-Nachrichten.

Vermählte: Wurstfabrikant Heinrich Müller und Elise Krause, Halle.

Gestorben: Frl. Hildegard Thiele, Halle. Frau verw. Friederike Lasse geb. Martin, Halle. Eisenbahninspektor i. R. Heinrich Fechner, Halle. Frau verw. Luise Zieler geb. Brandt, Wallwitz (40 J.).

Sport der „Saale-Zeitung".

Liga gegen erste Klasse 1:1 (1:0).

Am gestrigen Abend standen sich auf dem Sportvereinsplatze eine Auswahlmannschaft der Liga und der ersten Klasse in einem Werbespiel gegenüber, das unentschieden 1:1 endete. Das Spiel mag seinen Werbezweck voll und ganz erfüllt haben, sportlich war aber die Ausbeute äußerst gering. Die Liga war zwar technisch und taktisch überlegen, ließ es aber an dem nötigen Eifer fehlen, wogegen die Erstklassigen sich tüchtig ins Zeug legten und dann auch den Ausgleich schafften. Auf dem weiteren Spiele ging die Liga kurz vor dem Wechsel in Führung. Nach Halbzeit hatte die erste Klasse schwere Angriffe abzuweisen, schaffte es aber mit einer etwas verstärkten Deckung. 15 Minuten vor Schluß brachte dann ein schneller Durchbruch durch den Mittelstürmer Rößler dem Gegner den Ausgleich.

Rennen zu Köln a. Rh.

Mittwoch, den 17. August.

1. Dahubia-Rennen. 25 000 Mk. 1000 Meter. 1. Fontalpca (Jenzsch), 2. Leitha, 3. Königsadler. Tot.: Sieg 17, Platz 14, 40 : 10. Ferner liefen Edelgard, Einerlei, Traubach.

2. Turmfalke-Rennen. 40 000 Mark. 1400 Meter. 1. Wasserperle (Kastenberger), 2. Excelsior, 3. Rih. Tot.: Sieg 24, Platz 16, 62 : 10. Ferner liefen Widerstand, Die Wolke.

3. Turandot-Jagdrennen. 24 000 Mk. 3000 Meter. 1. Glücksburg (Grobauer), 2. Wanderstab, 3. Maunta. Tot.: Sieg 26, Platz 12, 11, 24 : 10. Ferner liefen Serenade, Propeller, Anitra, Ottone.

4. Preis von Köln. Ehrenpreis und 100 000 Mark. 2200 Meter. 1. H. A. und C. Weinbergs Ossian (O. Schmidt), 2. Lorbeer, 3. Vergleich. Tot.: Sieg 10 : 10. 3 liefen.

5. Ariel-Ausgleich. 30 000 Mk. 1600 Meter. 1. Leichtsinn (O. Schmidt), 2. Orilus, 3. Charlotte II. Tot.: Sieg 41, Platz 18, 48, 54 : 10. Ferner liefen Mentor II, Aurora, Hasdrubal, Armin, Parma, Lodsinele, Ochrida.

6. Vrunus-Rennen. Ehrenpreis und 25 000 Mark. 2400 Meter. 1. Turban (Janeck), 2. Einhart, 3. Luise. Tot.: Sieg 15, Platz 10, 10 : 10. Ferner liefen Clemenque, Ben Travato, Fitting Light.

7. Capello-Hürdenrennen. Ausgleich. 30 000 Mk. 3000 Meter. 1. Spartaner (Locht), 2. Osmane, 3. Gyp. Tot.: Sieg 111, Platz 27, 19, 52 : 10. Ferner liefen Rote Rose, Bimbam, Atlas, Berber, Callieres.

Rennen zu Bremen.

Mittwoch, den 17. August.

1. Inländer Hürdenrennen. 16 000 Mk. 3000 Meter. 1. Rose Marie (Kukulies), 2. Freude, 3. Sünde. Tot.: Sieg 11, Platz 11, 13, 19 : 10. Ferner liefen Hradschin, Markaner, Rembassamine, Zenobia.

2. Amurath-Rennen. 8000 Mk. 1600 Meter. (Halbblutpferde.) 1. Heckenrose (Huber), 2. Liebeslust, 3. Christoph II. Tot.: Sieg 102, Platz 18, 14, 25 : 10. Ferner liefen Taschenspieler, Allerliebste, Na Nu, Rothaut, Allerweisterl.

3. Wumme-Flachrennen. 20 000 Mk. 2000 Meter. 1. Marschlied (Reiß), 2. Berliner, 3. General. Tot.: Sieg 36, Platz 26, 16, 18 : 10. Ferner liefen Arnanesö, Ramasos, Feuersnot, Segantini, Abendsturm, Südost, Sugambrer.

4. Erinnerungs-Jagdrennen. 17 000 Mk. 3200 Meter. 1. Marc Anton (Buchholz), 2. Rosengarten, 3. Blumengala. Tot.: Sieg 19, Platz 14, 26, 24 : 10. Ferner liefen Szerenscesi, Valentine, Frusgalora, Seeheld, Salvadore.

5. Lesumer Ausgleich. 25 000 Mk. 1600 Meter. 1. Ortus (Hr. v. Keller), 2. Corregio, 3. Rinaldo. Tot.: Sieg 43, Platz 20, 38, 26 : 10. Ferner liefen Seehausen, Penditö, Mensing, Aladra, Zwinrus Bruder, Rondo, Schneerose.

6. Uphuslener Jagdrennen. Ausgleich. 25 000 Mk. 3000 Meter. 1. Mundacs (Courier), 2. Räuber, 3. Theorie. Tot.: Sieg 118, Platz 26, 12 : 10. Ferner lief Distel II.

7. Sebeisbrücker Ausgleich. 16 000 Mk. 1600 Meter. 1. Livia (Wehr), 2. Einmand und Rosenborn. Tot.: Sieg 12, Platz 10, 14, 11 : 10. Ferner liefen Lotosblume, Corvette, Golconda, Eisblume, Lethe, Confetti.

Provinzial-Nachrichten.

Querfurt, 17. August. (Bei einem Einbruchsdiebstahl) im Gasthof zur „Tanne" stielen dem Diebe 45 volle Einmachegläser zur Beute. Als Täter kommt der jetzt arbeitslose frühere Postillon Otto Werner von hier in Frage, der sich in der Gegend herumtreibt und von Diebstählen lebt.

Hohenmölsen, 18. August. (Tödlich verunglückt.) In der Holzzubereitungsstelle am Bahnhof war der 22jährige Tischler Willy Kluge damit beschäftigt, einen Wagen Holzbalken zu entleeren. Plötzlich rutschte ein schwerer Balken ab und fiel so unglücklich auf den unten stehenden Kluge, daß dieser eine schwere Kopfwunde davontrug, die den sofortigen Tod herbeiführte.

Lützen, 18. August. (Die letzte Stadtverordnetensitzung) genehmigte den Haushaltsplan der Berufsschule, der eine Ausgabe von 5567 Mark vorsieht. Zur Erbauung von neuen Siedlungshäusern werden 14 000 Mark bewilligt. Dazu kauft die Stadt ein 777 qm großes Stück Bauland zum Preise von 5,50 Mark pro qm. Die städtischen Gebäude werden zum zehnfachen Werte von 1924 versichert. Auch werden Mittel zur Verstärkung der Ortsfeuerwehr bereit gestellt.

Nauis, 16. August. (Fünf jugendliche Erpresser.) Eine fünfköpfige jugendliche Einbruchsgesellschaft unternahm Streifzüge in die Wilhelmsdorfer Gegend. Vergangene Woche suchte sie den Landwirt Otto Hopfe, einen Verwandten des ermordeten Landwirt Engel in Friedebach, heim. Der Einbruch dort hatte keinen Erfolg. Ueber den Mißerfolg verärgert, schritten die fünf jungen Täter zu einer Erpressung, indem sie einen Brief an Hopfe sandten mit der Aufforderung, er solle 100 000 Mark in Pößneck in einer Gastwirtschaft hinterlegen. Als dort der Führer der Bande das Geld in Empfang nehmen wollte, wurde er von der inzwischen-verständigten Polizei verhaftet. Auch die übrigen vier Kumpane sind ermittelt und festgenommen worden. Sie gaben an, daß sie den vermögenden Landwirten ihren übermäßigen Gewinn abnehmen wollten.

Querfurt, 17. August. (Der Bezirksausschuß) hat unter dem 13. Juli die von den städtischen Körperschaften zu Querfurt für das Etatsjahr 1921 beschlossene Erhebung von 3000 Prozent Zuschlag zur Grundsteuer, 1250 Prozent Zuschlag zur Gebäudesteuer, 1000 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer und 1000 Prozent Betriebssteuer genehmigt, wozu der Oberpräsident ebenfalls seine Zustimmung erteilt hat. Allerdings läßt sich heute schon übersehen, daß die Zuschläge in voller Höhe nicht erforderlich sind. Vorläufig soll daher nur die Hälfte der vorbezeichneten Zuschläge erhoben werden.

Braunlage, 17. August. (Zu dem Autounglück) an der Elender Chaussee, über das wir bereits berichteten, wird jetzt noch bekannt, daß das verunglückte Auto bereits vor Braunlage — es kam aus der Richtung Harzburg — in der Nähe des Steinbruchs an der neuen Harzburger Straße die Radkapsel des rechten Vorderrades verloren hatte und somit zwei Kilometer ohne diese gefahren war, ehe sich dann kurz nach dem Verlassen des Ortes auf der Elender Straße das Rad loslöste. Die getötete Dame war dem Wagen in Begleitung ihres Mannes und Sohnes entgegengekommen, als dieser, durch den Verlust des Rades steuerlos geworden, die Chaussee verließ und in den Wald hineinfuhr; sie suchte hinter einem Baum eilends Schutz, wurde jedoch von dem Auto erfaßt und darunter gezogen. Den kleinen Sohn konnte der Vater gerade noch zurückreißen.

= **Wernigerode,** 17. August. (Bei der Wahl eines Zweiten Bürgermeisters) erhielten, wie wir schon meldeten, der bürgerliche Kandidat Ratsassessor Zeerfeld-Bautzen und der sozialistische Parteisekretär Reichard-Halberstadt je 15 Stimmen. Da eine Einigung nicht zustande kam, wurde eine neue Stadtverordnetensitzung zur Vornahme der Wahl anberaumt. Zu Beginn der neuen Stadtverordnetensitzung wurde die Anwesenheit der 15 bürgerlichen und die Abwesenheit der 15 sozialdemokratischen Stadtverordneten festgestellt. Der 1. Bürgermeister berichtet über eine Anfrage beim Regierungspräsidenten über Rechtmäßigkeit des Mandats eines sozialdemokratischen Stadtverordneten, der seit 12 Monaten von Wernigerode abwesend ist und bei der Bürgermeisterwahl am 12. August mitgestimmt hatte. Nach seiner Antwort betrachtet der Regierungspräsident das Mandat als erledigt. Darauf wird beantragt, die Wahl des Zweiten Bürgermeisters von der Tagesordnung abzusetzen, was angenommen wird. Weiter wird auf Grund der obigen Antwort des Regierungspräsidenten der erste Wahlgang vom 12. August angefochten und beschlossen, vor der Neuwahl das Protokoll der Sitzung dem Bezirksausschuß zur Entscheidung vorzulegen.

Bebra, 17. August. (Mißlungene Getreideverschiebung.) Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurden sechs Waggons Getreide festgestellt, die als „Stroh" deklariert, an eine französische Firma gehen sollten. Untersuchungen über das vaterlandslose Treiben des Absenders sind im Gange.

Menselwitz, 16. August. (Für die Opfer des Ida-Schachtes) — bekanntlich sind dort am 28. Mai durch Wassereinbruch 17 Bergleute ums Leben gekommen, die auch heute noch nicht geborgen sind — sind rund 250 000 Mark eingegangen; für die Verwaltung dieses Betrages ist eine Stiftung errichtet. Der monatliche Bezug für eine Witwe ist auf 20 Mk., der für ein Kind auf 50 Mk. festgesetzt worden; hierdurch wird das Kapital mitmäßlich aufgebraucht werden. Für außerordentliche Notfälle finden die Zinsen Verwendung.

Braunschweig, 17. Aug. (Klagederentlassenen Schutzpolizisten gegen den Landesfiskus.) Die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bund ehemaliger Frontsoldaten („Stahlhelm") entlassenen Beamten der Braunschweiger Schutzpolizei erheben Beschwerde, weil vor der Entlassung nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, der Beamtenausschuß gehört worden ist. Als Bevollmächtigte der Entlassenen sind die Rechtsanwälte Thiemann und Kurt Peters beauftragt, Klage gegen den braunschweigischen Landesfiskus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210818015/fragment/page=0003

zu erheben, weil ein Grund zur Entlassung nicht vorgelegen habe. Die Klage wird in den nächsten Tagen beim Landgericht eingereicht.

Kunst und Wissenschaft.

Die österreichischen Hochschulen haben die Studiengebühren für Ausländer auf das Zehnfache und die Prüfungstaxen auf das Fünffache der bisherigen Gebühren erhöht, doch kann einzelnen Ausländern ausnahmsweise die Gleichstellung mit den Inländern oder eine Ermäßigung gewährt werden.

Der Große Staatspreis der Akademie der bildenden Künste zu Dresden ist seitens des Akademischen Rates Dresden für Architekten für das Jahr 1922 ausgeschrieben. Die Bewerbung, die Bewerbungsaufgaben, die Anmeldungs- und Ablieferungsfristen usw. enthalten, können von der Akademiekanzlei unentgeltlich bezogen oder daselbst auch eingesehen werden.

Die Deutsche Botanische Gesellschaft, die Gesellschaft für angewandte Botanik und die Freie Vereinigung für Pflanzengeographie und systematische Botanik haben in München ihre Jahresversammlung abgehalten. Der große Afrikareisende Georg Schweinfurth wurde zum Ehrenmitglied der ersten Gesellschaft ernannt. Als nächster Tagungsort ist Wien gewählt worden.

Ein neuer Botticelli ist jetzt in Hannover — im Kestner-Museum — von Prof. Adolfo Venturi, dem hervorragenden Geschichtsschreiber der italienischen Kunst, festgestellt worden. Es handelt sich um eine kleine „Verkündigung Mariens" in einem Gemache: die beiden Hauptfiguren Maria und die Engel in starker Bewegung einander gegenüber kniend, vorn ganz klein die geistliche Stifterin. Wie Venturi in seiner Zeitschrift „L'arte" darlegt, hält er das Bild für ein eigenhändiges Spätwerk des Meisters aus der Zeit seiner letzten, so tief eindrücklichen Bilder wie der „Derelia" und der „Kommunion des heiligen Hieronymus". In Hannover und sonst galt das Bild bisher nur als Schulwerk.

Hochschulnachrichten.

Der Landesverband der bayerischen Hochschulassistenten hat den korporativen Eintritt in den Deutschen Akademischen Assistentenverband beschlossen.

Der Direktor der Linke-Hofmann-Werke in Breslau, Dr. phil. Dr.-Ing. h. c. Friedrich Eichberg (ein geborener Wiener) ist von der Breslauer medizinischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt worden.

In Berlin verschied der etatsm. a. o. Professor der organischen Chemie und Abteilungsvorsteher am chemischen Laboratorium der Universität Heidelberg Dr. phil. Emil Knoevenagel im Alter von 56 Jahren. Er stammte aus Linden (Hannover).

Der Hilfslehrer für Musikgeschichte, Aesthetik, Akustik und Instrumentenbaukunde am Konservatorium für Musik in Würzburg Dr. phil. Oskar Kaul ist zum etatsmäßigen Studienrat ebenda ernannt worden. Dr. Kaul, der früher als Lehrer einer Klavierklasse am städtischen Konservatorium für Musik in Krefeld tätig war, lehrt an der Würzburger Anstalt seit 1912 als Nachfolger Prof. Hermann Ritters.

Dr. Karl Fritzler in Buchschlag erhielt an der Technischen Hochschule in Darmstadt die venia legendi für russische Geschichte.

An der Hochschule für Bodenkultur in Wien wurden als Privatdozenten zugelassen: der Privatdozent der Wiener Universität Dr. phil. Helmut Otto Antonius für Zoologie der Wirbeltiere mit besonderer Berücksichtigung der Abstammung der Haustiere, Dr. Hermann Flatscher für forstwirtschaftliche Handelskunde, Prof. Dr. Ignaz Karl Greisenegger für landwirtschaftl. Pflanzenbau und Dr. Ludwig Grögor für Maschinenkunde.

Vermischtes.

Der weiße Tod. Blättermeldungen aus Salzburg zufolge sind drei Berliner Touristen und eine Dame aus Worms bei einer Tour in einen großen Schneesturm geraten und verunglückt. Die Bergung der Leichen konnte bis jetzt noch nicht vorgenommen werden.

Im Stubachtal verunglückt. In der oberen Oedwinkelscharte im Stubachtal ist der Prokurist der Bayerischen Handelsbank Franz Neßler abgestürzt. Bevor Hilfe von der Rudolfshütte kam, ist Neßler seinen Verletzungen erlegen. — Das Stubachtal ist das Nachbartal des bekannten Kapruner Tales. Es wird vielfach, auch vom Moserboden aus, als Uebergang nach Kals benützt.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Ein wohnungs- und beschäftigungsloser, 22 Jahre alter Drogist warf sich in Berlin an der Kreuzung Knesebeckstraße und Kurfürstendamm vor ein Auto. Der Chauffeur vermochte noch rechtzeitig zu halten. Als Passanten sich um den jungen Mann bemühten, griff er blitzschnell in die Tasche und vergiftete sich mit einem noch nicht festgestellten Pulver. Man brachte ihn nach der nächsten Rettungsstelle und dann nach der Charité. Verzweiflung über seine hilflose Lage soll ihn zu dem Schritt getrieben haben.

Der Sarkophag der Kaiserin. Im Antiken Tempel im Park von Sanssouci, der Grabstätte der Kaiserin, wurde ein Marmorsarkophag aufgestellt, der den Sarg der Toten umschließt. Der Sarkophag ist aus schlesischem Marmor hergestellt und ohne jeden Schmuck gehalten.

Der unbezwingbare Aermelkanal. Seit Jahrzehnten wird immer wieder von wagehalsigen Schwimmern der Versuch unternommen, den Kanal an der schmalsten Seite von Kap Grisnez bei Calais nach Dover zu durchschwimmen. Vor wenigen Tagen ist abermals ein solcher Versuch unternommen worden, und zwar von dem Italiener Tirabochi. Er begann sein Unternehmen frühmorgens und hatte um 1,30 Uhr mittags 7 Seemeilen zurückgelegt, drei Stunden später 4 weitere Meilen. Die See wurde dann jedoch sehr bewegt, und ein starker Wind mit Seegang trieb Tirabochi in der Richtung nach Folkestone ab. Um 5 Uhr nachmittags gab er jede Hoffnung auf, die englische Küste zu erreichen und ließ sich erschöpft an Bord des ihn begleitenden Tenders nehmen.

Die Funkstation bei Lyon vom Sturm zerstört. Auf die große Hitze und Trockenheit ist in Frankreich eine Zeit gewaltiger Stürme gefolgt. Die große Funkstation von Dona bei Lyon, die aus einer Reihe von Türmen besteht, ähnlich wie die von Nauen, ist einem Orkan zum Opfer gefallen. Zwei Türme von 200 Meter Höhe wurden von der Gewalt des Sturmes umgestürzt und zerschlugen zwei andere. Die Trümmer flogen weit umher. Der französische Funkdienst hat erheblich darunter zu leiden, obwohl die anderen Stationen, besonders der Eifelturm, sofort zur Unterstützung herangezogen wurden.

Groteske Brutalität. Einen unglaublichen Roheitsakt verübten Insassen eines Hamburger Autos, das bei Harburg einen Heizer überfuhr, der vorschriftsmäßig mit seinem Handwagen rechts gefahren war. Der Schwerverletzte wurde zunächst einige Kilometer mitgenommen, dann aber in einen Chausseegraben gelegt. Nach Verlöschung des Lichtes und des Kennzeichens fuhr das Auto auf und davon. Der von anderen Leuten gefundene Schwerverletzte ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstorben. Der Eigentümer des Autos ist ermittelt worden.

Tod eines Anarchistenmillionärs. Wie aus Paris gemeldet wird, wurde seit 12 Tagen ein gewisser Prouiost aus St. Raffael vermißt. Prouiost, der Millionär war, war gleichzeitig ein eifriger Anarchist und widmete seinen politischen Zielen große Summen. Seine Leiche wurde in einem Brunnen eines seiner Landhäuser gefunden. Sein großes Vermögen hinterließ er seinem politischen Gaubensgenossen Couillot, mit der Bestimmung, die Propaganda mit allen Mitteln weiterzuführen.

Rosenbaums Verurteilung. Das Schöffengericht Memmingen verhandelte gegen den Käsehändler Rosenbaum, gegen den in einer Mandatsstrafe eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen ausgesprochen worden war, weil er 50 Pfund beschlagnahmtes Mehl 2 Wochen lang nicht herausgegeben hat. Der Beschuldigte erhob Einspruch. Außerdem hat er 12 Ztr. Butter vom Juli zurückbehalten und 280 Pfund um den höheren Julipreis an einen Händler verkauft, obwohl er dafür nur den Julipreis nehmen durfte. Das Schöffengericht erkannte auf fünf Wochen Gefängnis und 3500 Mark Geldstrafe. Das Urteil wird auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht. Der Haftbefehl gegen den Beschuldigten wurde aufgehoben, da Fluchtverdacht nicht vorliegt und kein weiteres Verfahren gegen ihn schwebt.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Der Völkerbundsrat wird in Paris tagen.

Berlin, 17. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Nach den heute vorliegenden Nachrichten aus Paris dürfte der Völkerbundsrat über Oberschlesien seine Sitzungen in Paris und nicht in Genf abhalten. Der französische Vertreter ist heute früh in Paris eingetroffen, und die meisten Mitglieder des Völkerbundsrates befinden sich bereits hier. Das ganze Aktenmaterial steht auch in Paris selbst zur Verfügung.

Die Zustimmung des Unterhauses.

Paris, 17. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Die ausführlichen Erklärungen Lloyd Georges über die internationale Lage, besonders über Oberschlesien und über die Haltung zu Frankreich ist in London mit ungeheurem Beifall aufgenommen worden. Asquith selbst hat in langen Ausführungen die Politik Lloyd Georges gegenüber Frankreich gebilligt. Die Sitzung bot das seltene und seltsame Schauspiel, daß zwei der verbissensten Rivalen sich gegenseitig Komplimente machten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Leipziger Messe und das Ausland.

Man hat auf Grund der vom Leipziger Meßamt ausgegebenen Meßabzeichen berechnet, daß auf der diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig nahezu 140000 Einkäufer anwesend waren, von denen etwa der fünfte Teil aus dem Auslande stammte. Die wenigsten Leser sind sich wohl darüber im klaren, was dieser verhältnismäßig starke Besuch aus dem Auslande, demeuropäischen sowohl wie aus Uebersee, besagt, und wie groß seine Nachwirkungen auf das ganze Wirtschaftsleben unseres Volkes sind. Er bedeutet, daß Leipzig, trotz seiner jahrelangen Abgeschlossenheit vom Weltverkehr während der Kriegszeit und trotz der in dieser Zeit entstandenen Konkurrenzbestrebungen anderer, insbesondersausländischer Messestädte, wieder auf dem Wege ist, seine Stellung als Zentralmarkt des internationalen Handels einzunehmen, daß seine Messe wieder die große Weltmesse ist, zu der die Einkäufer aus allen Ländern der Welt strömen, weil sie sehen, daß ihnen nirgends das Warenangebot in einer solchen Reichhaltigkeit, Vielgestaltigkeit und Uebersichtlichkeit entgegentritt, wie auf dieser Messe, wo die Musterlager eine glänzende und lückenlose Uebersicht über die besten und neuesten Erzeugnisse der deutschen und ausländischen Industrie geben und damit die Vorbedingungen für einen möglichst günstigen Einkauf geschaffen sind. Gerade der Verkauf an das Ausland, der Warenexport, der in früheren Jahren unserer aus dem Inlande reich mit Aufträgen bedachten Industrie vielleicht nur ein willkommener Geschäftsweig war, der mit zu ihrer Entwicklung beitrug, jedenfalls aber nicht ein Erfordernis ihrer Existenzmöglichkeit war, ist jetzt für den größten Teil unserer Industrie geradezu eine Lebensnotwendigkeit geworden, nachdem der Warenbedarf des Inlandes infolge der Schwächung der Kaufkraft unserer heimischen Bevölkerung erheblich nachgelassen, in manchen Luxusindustrien sogar Propagandazwecke erhöht hat.

Ohne Optimismus läßt sich aus dem Besuch der zahlreichen Ausländer auf der Messe, die als ernsthafte Kaufleute natürlich mit dem Entschluß kommen, zu kaufen, den Schluß ziehen, daß sich unserem Export wieder günstige Aussichten eröffnen. Zweifellos stehen ihm noch immer mannigfache Schwierigkeiten entgegen, die nicht zum kleinsten Teile auch auf die gegnerische Agitation unserer früheren Feinde im Kriege gegen alles, was deutscher Herkunft war, zurückzuführen ist. Diese für unsere Volkswirtschaft schädlichen Wirkungen lassen sich nur durch eine großzügige, mit reichen Geldmitteln arbeitende Propaganda für die deutsche Ware im Auslande bekämpfen. Von dieser Erwägung aus hat das Leipziger Meßamt seine Werbetätigkeit für die Messe hauptsächlich auf das Ausland eingestellt, wobei es auch die Unterstützung des Reiches erfährt, indem der Reichstag erst kürzlich den jährlichen Reichszuschuß von 5 Millionen auf 12 Millionen auf 12 Millionen für Propagandazwecke erhöht hat.

Zur diesjährigen Herbstmesse, die am 28. August beginnt, kommt unsere Industrie mit großen Erwartungen und erhofft vor allem ein gutes Auslandsgeschäft. Die Aussichten dafür sind nicht ungünstig, da gerade die niedrige Bewertung unserer Mark — die Notierung für einen Dollar stellt sich zurzeit auf 81 Mark gegen 49 im Herbst 1920 und 69 im Frühjahr 1921 — dem Ausland Gelegenheit gibt, deutsche Waren billig zu erwerben.

Weiterer Zusammenschluß württembergischer Müller. Die Müller des Fils- und mittleren Neckartales haben sich nach der „Südd. Ztg." zur Mühlenvereinigung Plochingen e. G. m. b. H. zusammengeschlossen.

Die Großhandels-Indexziffer des statistischen Reichsamtes ist von 1365 im Durchschnitt des Monats Juni auf 1425 im Durchschnitt des Monats Juli gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt. Die Gruppe Getreide und Kartoffeln stieg von 1043 auf 1096, die Gruppe Fleisch, Fisch und Fett von 1625 auf 1633, die Gruppe Kolonialwaren von 1273 auf 1447, die Gruppe Häute und Leder von 1640 auf 1720, die Gruppe Textilien von 1823 auf 1991, die Gruppe Metalle von 1551 auf 1582, die Gruppe Kohlen und Eisen von 1671 auf 1740. Inzwischen hat die Teuerung noch weitere, zum Teil geradezu sprunghafte Fortschritte gemacht; die Augustziffern werden ein besorgniserregendes Bild ergeben.

Die Barmer Creditbank, Barmen, teilt mit, daß das Verhältnis zwischen der Barmer Creditbank und der Westbank Duisburg nicht zustande gekommen sei, weil die Westbank Duisburg keine richtigen Angaben gemacht hätte. Nur auf Grund falscher Angaben sei es ihr möglich gewesen, die Barmer Creditbank zu einer Geschäftsverbindung zu veranlassen, die dem Barmer Institut einen Verlust von 250 000 Mark bringen würde. Die Barmer Creditbank habe sofort das Konkursverfahren über die Westbank Duisburg eröffnen lassen.

Weitere Erhöhung der Zinkblechpreise. Der Zinkblechverband erhöhte den Preis am 16. August von 925 Mk. auf 950 Mk. für 100 Kg. Die letzte Preiserhöhung um 25 Mk. trat am 11. Juli in Kraft.

Gewerkschaft Berolina. Die Tagesordnung der auf den 12. September einberufenen ordentlichen Gewerkenversammlung enthält u. a. auch folgende Anträge: Bericht über den Stand der Entschädigungsangelegenheit und Beschlußfassung über dieselbe. Beschlußfassung über den Verkauf unseres rumänischen Besitzes. Beschlußfassung über Liquidation der Gewerkschaft.

+ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 16. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 5492 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 30 Wagen zu 10 To.

Margarine oder Gold- und Silberwaren? Die A.-G. Maga, Gesellschaft für Nahrungsmittel und Pflanzenbutterfabrikation in Charlottenburg, hatte vor zwei Jahren, im April 1919, beschlossen, daß Gegenstand des Unternehmens auch der Ein- und Verkauf von Bijouteriewaren, Uhren, Gold- und Silbersachen und die Beteiligung an Geschäften gleicher oder ähnlicher Art sein sollte. Dieser Beschluß ist der Verwaltung jetzt wieder leid geworden. Ob auf dem der Gesellschaft so entfernt liegenden Gebiete der Gold- und Silbersachen überhaupt Geschäfte versucht worden sind, darüber ist nichts bekannt. Aber der bevorstehenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, den erwähnten Beschluß vom April 1919 nunmehr wieder aufzuheben.

Im Konkurs der Maschinenfabrik Ignaz Bundschuh in Magdeburg sind auf 1 301 358 Mk. vorrechtlose Forderungen 185 505 Mk. verfügbar, aus denen demnächst eine zweite Abschlagszahlung von 5 Prozent erfolgt.

Im Konkurs des Warenhauses Adolf E. Schröder in Braunschweig betragen die Verbindlichkeiten 530 000 Mk., wahrscheinlich werden die Gläubiger leer ausgehen.

Produktenbericht.

Berlin, 17. August. (Telegramm.) Am Produktenmarkt hatte die Schwankung der Devisenkurse nur geringen Einfluß. Weizen änderte sich nicht wesentlich, Angebote von passenden Stationen für sofortige Lieferung fanden schlank Aufnahme. Roggen war von der Müllerei nur wenig oder nur für spätere Lieferung gefragt, während nach der Provinz Ware leichter unterzubringen war. Die Preise schwächten sich teilweise etwas ab. Wintergerste war vom Westen begehrt, doch fehlte es an Angebot. Gute Sommergerste wurde von den Malzfabriken teilweise über Notiz bezahlt. Für Hafer blieb der Konsum sehr schwach. Ueber Passau eingetroffener ungarischer Hafer ist zwar wesentlich leichter, war aber auch erheblich billiger als die inländischen Angebote. Mais war ruhiger. Die Preise stellten sich für die Landwirte frei Hof eher teurer, als hierfür von ihnen ab Hof geliefert werden kann. Mehl war nur wenig in ganz naher Ware begehrt. Die Tendenz für Hülsenfrüchte war unverändert fest.

Amtliche Produktenpreise.

Berlin, 17. Aug. (Telegr.) Weizen märkischer August 444—452, schlesischer August 430—440 ruhig. Roggen märkischer 348—356, pommerscher August 340—346 etwas schwächer. Wintergerste 388—396, Sommergerste 488—500. Hafer märkischer August 356—360, pommerscher 350—360, schlesischer 340—348, alles ab Stationen, etwas schwächer. Mais La Plata ab Hamburg prompt 306—310, ohne Provenienzangabe September/Dezember 308—312, Mais August 302—304, September/Dezember 303—306 fest. Weizenmehl 645—690 unverändert. Roggenmehl 440—480 unverändert. Maismehl fehlt. Weizenkleie 265 still. Roggenkleie 270 still. Raps 580—600. Rübsen 5 Mk. unter Rapspreis. Leinsaat 580—600 ruhig. Viktoriaerbsen 580—630, kleine Speiseerbsen 440—460, Futtererbsen 360—380. Peluschken 340—360. Ackerbohnen ohne Angebot. Wicken desgleichen. Blaue Lupinen 190—200, gelbe Lupinen 200—220. Seradella 250—265. Leinkuchen 394—396. Trockenschnitzel Oktober/Dezember 234—240.

Metallnotierungen.

Berlin, 17. August. (Telegramm.) Raffinadekupfer 98—99 proz. 2000—2025, Orig.-Hüttenweichblei 740—750, Orig.-Hüttenrohzink im freien Verkehr 800, ab Deutsche Hütte. Preis des Zinkhüttenverbandes —, Remelted 570—580, Orig.-Hütten-Aluminium 98—99proz. (in gekerbten Blöckchen) 3150, Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren 3275, Zinn (Banca, Straits, Austral) 5100—5150, Hüttenzinn mindestens 99proz. 4850, Reinnickel 98—99proz. 4700, Antimon 825—750, Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1500—1510, Elektrolytkupfer (per 100 Kg.) 2478.

Banknoten.

		16. Geld	16. Brief	17. Geld	17. Brief
Amerikanische	1000—5 Doll.	90,35	90,55	85,90	86,10
„	2 u. 1 Doll.	90,15	90,35	85.15	85,35
Belgische	100 Fr.	686,75	688,25	653,75	655,25
Dänische	100 Kr.	1540 75	1544,25	1433,50	1436,50
Englische	gr. f. 1	350,50	351,50	316,25	317,25
„	kl. f. 1 u. dar.	348,50	349.50	315,25	316,25
Finnische	100 Finn. M.	131,75	132,25	128,75	129,25
Französische	100 Fr.	688,25	689,75	670,50	672 00
Holländische	100 fl.	2897,00	2903 00	2710,25	2715,75
Italienische	100 Lire	377,50	378 50	369,25	370,25
Norwegische	100 Kr	1213,75	1216,25	1121,75	1124 25
Oesterreich. alte Abschn.	zu 1000 K.	—	—	—	—
„ neue Abschn.	zu 1000 K.	8,90	9,	8,80	8.90
„ do.	10—100 K.	8,65	8.75	8,55	8,65
Rumän. Bankn. zu 500 Lei u. darüber		108,75	109,25	107,00	107,50
„ Abschn. unter 500 Lei		—	—	—	—
Schwedische	100 Kr.	1996,00	2000,00	1868,00	1872.00
Schweizer	100 Fr.	1453,50	1486,50	1448,50	1451,50
Spanische	100 Pes.	1113,75	1116,25	1103,75	1106,25
Tsch.-slov. St.-Noten, neue Abschn.	zu 100 K. u. darüber	103,40	103,90	101,75	102.25
do.	unter 100 K.	102,85	103,35	101,60	102,10

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage, Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer i. V.; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil i. V.: K. Krinke. Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210818015/fragment/page=0004